

## LESERBRIEF

### Kalkabgrabung

#### Behördenwillkür

**Zum Bericht „Der Widerstand wächst“ vom 25. August:**

Ein Stück aus dem Tollhaus - könnte man meinen. Volksverdummung par excellence. Aber nein, das ist reale Politik. Da wurden im entscheidenden Punkt von Land und Bezirksregierung nicht nur ein Gutachten von 1997 missachtet, wichtige Umstrukturierungsmaßnahmen unterblieben, der „Runde Tisch“ trotz wiederholter Anmahnung nicht einberufen, sondern alles wird jetzt auch noch honoriert, „belohnt“, weil soziale Zugzwänge aus diesem – natürlich ganz unbewusstem – Fehlverhalten nicht zu übersehen sind. Tolle Strategien.

Und das, obwohl schon seit den 80er Jahren plakativ „Arbeitsplatzverlust“ und „politische Verantwortung“ ins Feld geführt werden, um einen weiteren Kalkabbau in Lienen durchzusetzen. Wozu sonst auch wohl der neue Ofen und weiterer Grundstückserwerb im östlichen Teuto Richtung Bad Iburg, die jetzt zwar noch als „Kompensationsfläche“ (Aufforstungsflächen) deklariert sind, aber auch gleichzeitig Abgrabungsreserven sein könnten? Um

möglicherweise irgendwann einen dritten Steinbruch zu planen?

Von „oben“ her scheint alles pro Abgrabung schon geregelt und bereits beschlossene Sache zu sein, glaubt man der öffentlichen Meinung. Die Kommunen haben lediglich Stellungnahmen abzugeben. Mehr nicht. Die Bürger haben in eigener Sache kein Mitspracherecht. Brüssel scheint zudem zu weit, um den Schutz von FFH-Gebieten zu kontrollieren und zu gewährleisten. Glaubte man offenbar.

Vereitelte Umstrukturierungsprozesse und Runde Tische (Junktim) sowie eine hartnäckige Ignoranz ermöglichen weiterhin eine Pseudo-Demokratie, in der einige Wenige das Sagen haben. Und neueste Errungenschaften, wie das Informations- und Teilhabegesetz sowie eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie – im Einklang mit einer regionalen Wirtschaftsentwicklung – bleiben auf der Strecke, weil sie zwar Rahmenbedingungen schufen, aber emanzipierte Umstrukturierungsprozesse weiterhin fehlen (sollen).

So kann weiterhin ungehindert mit Arbeitsplatzverlust argumentiert werden, was die großen Fraktionen

in Lengerich sogar veranlasste, einzuknicken und ihren Bürgern sogar jegliches Mitspracherecht und Zeitlimit zu verweigern. Wird Lengerich auch derart brachial einem weiteren Ausbau in Lienen-Höste zustimmen?

In Lienen veranlasste das Damoklesschwert Arbeitsplatzverlust verwaltungsseitig zumindest mit „nur“ 14 statt 28 Hektar zugestander Abgrabungsfläche zwar nur eine halbe Honorierung aber auch „Belohnung“ des Umstands, den entscheidenden Verfahrensfehler (fehlende Junktim-Bearbeitung) auszugleichen. Fatal.

Wäre es nicht sinnvoller, dem Vorschlag zu folgen, der einen absoluten Abgrabungsstopp in Lienen und Höste vorsieht, die noch abzugrabende (genehmigte) Fläche langsamer abzubauen und gleichzeitig zuzuliefern? Solange Kalk produziert wird, dürften bei genauer Betrachtung selbst die Zulieferer weiterhin Aufträge erhalten.

Alles andere würde nur den Umstand begünstigen, Lienen zu einem zweiten Hohne zu machen.

**Karin Baum  
Glandorfer Straße 30  
Lienen**

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail an [redaktion.len@wn.de](mailto:redaktion.len@wn.de).